

Es ging um ein einziges Thema: Berlin

Bundestagskandidaten folgten Einladung der Berliner-Kolonie in Aachen

Von DORETTE METZMACHER

Aachen. – Knapp zweieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl saßen sie wieder gemeinsam am Tisch: die Bundestagskandidaten Helmut Huntgeburth (SPD), Dr. Heiner Jüttner (FDP) und Dr. Hans Stercken (CDU). Sie alle waren der Einladung des Bundes der Berliner und Freunde Berlins in Aachen gefolgt, um über das Thema „Berlin und die Bundesrepublik“ zu sprechen.

„Dies sind die einzigen Parteien, die je eine Aussage zu Berlin gemacht haben“, so begründete Heinz Constantin Last, Vorsitzender des Vereins, die Auswahl der eingeladenen Politiker. Er räumte ihnen 15 Minuten Sprechdauer ein, jede weitere Minute wäre teuer geworden: Sie mußte mit einem Glas Bier bezahlt werden.

Die „kleinen Schritte“

Dazu kam es jedoch erst gar nicht. Jeder faßte sich kurz, und erst in der Diskussion wurde ausgiebig und nicht ganz ohne Emotionen über die Problematik gesprochen. Anlaß für erregte Auseinandersetzungen wurde unter anderem der Vorwurf von Dr. Stercken, mit der Politik „der kleinen Schritte“ sei Berlin auf Dauer nicht geholfen; er erinnerte an das „Verfassungsgebot der Wiedervereinigung Deutschlands“. Eine Lösung der Berlinfrage sei ohne die Lösung der Deutschlandfrage nicht möglich. Als wenig sinnvoll bezeichnete er es, die „Insel“ Berlin zu erhalten, wenn sie nicht wieder Mittelpunkt eines vereinigten Deutschlands werde.

„Alle streben das Ziel der Wiedervereinigung an“, betonte Huntgeburth. Er verwies auf die seit zehn Jahren durch die Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung erreichten Erleichterungen für die Berliner hin. „Die Bindungen von West-Berlin zur Bundesrepublik Deutschland sind enger geworden, die Bewegungsmöglichkeiten weitaus größer als in den Vorjahren.“ Dies beziehe sich nicht allein auf die wirtschaftlichen Erleich-

terungen, sondern ebenso auf die persönlichen Kontakte.

Wiedervereinigung wünschenswert?

Dieser Ansicht war auch Dr. Jüttner; er warnte vor utopischen Forderungen. „Man kann nur Schritt für Schritt vorgehen – eine Tagespolitik kann nicht von heute auf morgen eine Wiedervereinigung bringen. Man soll aber auch nicht so tun, so ob sich nichts geändert hat.“ Die Unionsparteien hätten sich immer wieder gegen Verträge gestraubt oder als Bedingung utopische Forderungen in den Abmachungen verankert wissen wollen.

„Wenn ausländische Staatsmänner sich zum Ziel der deutschen Wiedervereinigung bekennen, so haben wir keinen Grund, es unter den Teppich zu kehren,“ wurde von Seiten der CDU erneut eingeworfen. Man

könne vom Ausland nicht erwarten, daß es langfristig für eine Sache geradestehe, ohne daß die Deutschen selbst das Ziel konsequenter anstrebten.

Die Frage nach der Dauer der Repräsentanz der drei Alliierten in West-Berlin tauchte auf. Hier verwies Jüttner auf die vertraglichen Verpflichtungen; Huntgeburth betonte, daß allein eine Sicherung West-Berlins im Interesse aller Beteiligten liege, um kein Ungleichgewicht zwischen Nato und Warschauer Pakt hervorzurufen.

Ob eine Wiedervereinigung Deutschlands in den Augen der anderen Länder überhaupt wünschenswert sei, diese Frage blieb offen. Klargestellt wurde, daß das Nationalgefühl heute mehr und mehr schwinde. Ob dies gut oder schlecht sei – hierüber war man geteilter Meinung.